

Niederschrift

**über die 14. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates am Mittwoch,
dem 10.05.2006 um 17.00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses, Mittelstr. 40**

Die Mitglieder des Rates der Stadt Hilden hatten sich nach ordnungsgemäßer Einladung des Bürgermeisters vom 28.04.2006 am Mittwoch, 10.05.2006 um 17.00 Uhr, im Saal des Bürgerhauses versammelt.

Unter dem Vorsitz von Herrn Bürgermeister Scheib waren anwesend:

I. die Mitglieder des Rates:

- | | | |
|-----|--------------|---------------------------|
| 1. | Ratsmitglied | Dr. Ralf Bommermann/CDU |
| 2. | „ | Susanne Brandenburg/CDU |
| 3. | „ | Alexander Büttner/CDU |
| 4. | „ | Reinhard Eisen/CDU |
| 5. | „ | Peter Hancke/CDU |
| 6. | „ | Hans-Heinrich Helikum/CDU |
| 7. | „ | Carsten Herlitz/CDU |
| 8. | „ | Lothar Kaltenborn/CDU |
| 9. | „ | Achim Kleuser/CDU |
| 10. | „ | Ute-Lucia Krall/CDU |
| 11. | „ | Dr. Stephan Lipski/CDU |
| 12. | „ | Claudia Schlottmann/CDU |
| 13. | „ | Norbert Schreier/CDU |
| 14. | „ | Jürgen Spelter/CDU |
| 15. | „ | Angelika Urban/CDU |
| 16. | „ | Roland Weiss/CDU |
| 17. | „ | Heinz-Georg Wingartz/CDU |
| 18. | „ | Reinhard Zenker/CDU |
| 19. | „ | Birgit Alkenings/SPD |
| 20. | „ | Hans-Georg Bader/SPD |
| 21. | „ | Anabela Barata/SPD |
| 22. | „ | Astrid Becker/SPD |
| 23. | „ | Ludger Born/SPD |
| 24. | „ | Christoph Bosbach/SPD |
| 25. | „ | Torsten Brehmer/SPD |
| 26. | „ | Reinhold Daniels/SPD |
| 27. | „ | Marie-Liesel Donner/SPD |
| 28. | „ | Klaus Dupke/SPD |
| 29. | „ | Dagmar Hebestreit/SPD |
| 30. | „ | Rolf Mayr/SPD |
| 31. | „ | Jürgen Scholz/SPD |
| 32. | „ | Hans-Werner Schneller/SPD |
| 33. | „ | Hiltrud Stegmaier/SPD |
| 34. | „ | Peter Dahm-Korte/BA |
| 35. | „ | Ludger Reffgen/BA |
| 36. | „ | Claudia Schnatenberg/BA |
| 37. | „ | Udo Weinrich/BA |
| 38. | „ | Klaus-Dieter Bartel/Grüne |

- 39. „ Susanne Vogel/Grüne
- 40. „ Ellen Reitz/Grüne ab TOP 4h)
- 41. „ Friedhelm Burchartz/FDP
- 42. „ Rudi Joseph/FDP
- 43. „ Horst Welke/FDP
- 44. „ Werner Horzella/dUH
- 45. „ Marlene Kochmann/dUH

entschuldigt fehlte:

- 46. „ Manfred Böhm/SPD

II. von der Verwaltung:

- 1. Bürgermeister Scheib
- 1. Beigeordneter Thiele
- 2. Beigeordneter Danscheidt
- 3. Beigeordneter Gatzke
- 4. Beigeordneter Rech
- 5. Stadtoberverwaltungsrat Klausgrete/II/20/22
- 6. Stadtverwaltungsrat Wachsmann/01
- 7. Stadtamtsfrau Fischer/I/14
- 8. Stadtamtmann Becker/01, zugleich als Schriftführer
- 9. Frau Schiller/01

Tagesordnung:

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Umbesetzung in Ausschüssen
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 12. April 2006 – SV 01/057
- 2. **(zurückgezogen)** Änderung der Satzung des Volkshochschule-Zweckverbandes Hilden - Haan – SV 01/058
- 3. **Anträge**
 - a) Keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit
hier: Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden vom 05.04.06 – SV 20/066
 - b) Bildung einer Arbeitsgruppe „Haushalt der Zukunft“
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 05.04.06 – SV 20/068
- 4. Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 5. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

II. Nichtöffentliche Sitzung

4. (Fortsetzung) Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
5. (Fortsetzung) Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
6. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2005 des Vereins „Stadtmarketing Hilden e. V.“ vom 14.02.2006 – SV 14/024
7. Bürgerschaftsübernahme
hier: „Seglergemeinschaft Hilden e. V.“ – SV 20/069
8. (**zurückgezogen**) Antrag des SV Hilden-Nord auf Übernahme einer Bürgerschaft bzw. Gewährung eines zinslosen Darlehens – SV 20/070

I. Öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende, Bgm. Scheib, eröffnete die öffentliche Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Rates, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und bis auf die nachgereichte Vorlage SV 60/044 die Sitzungsvorlagen vollständig zugegangen seien.

Zur Tagesordnung beschloss der Rat einstimmig, die Punkte **2.** Änderung der Satzung des Volkshochschule-Zweckverbandes Hilden - Haan – SV 1/058 und **8.** Antrag des SV Hilden-Nord auf Übernahme einer Bürgerschaft bzw. Gewährung eines zinslosen Darlehens – SV 20/070 von der Tagesordnung abzusetzen, da die Unterlagen nicht beratungsfähig seien.

Anschließend gratulierte Bürgermeister Scheib nachfolgenden Mitgliedern des Rates und der Verwaltung nochmals nachträglich zum Geburtstag:

06.04.	Heinz-Georg Wingartz
27.04.	Friedhelm Burchartz
28.04.	Ludger Born
01.05.	Dagmar Hebestreit
06.05.	Beig. Norbert Danscheidt
10.05. (heute)	Birgit Alkenings
10.05. (heute)	Rolf Mayr

Sodann wurde wie folgt beraten und beschlossen:

I. Öffentliche Sitzung

I. Öffentliche Sitzung

1. Umbesetzung in Ausschüssen

hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 12. April 2006 – SV 01/057

Rm Joseph/FDP ergänzte den Antrag seiner Fraktion um eine Umbesetzung im Kulturausschuss, wie es sich aus dem gefassten Beschluss ergibt.

Ohne Aussprache fasste der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt wählt und beruft

a) auf Antrag der FDP-Fraktion

in den Ausschuss für Schule, Sport und Soziales

als stellv. sachkundiger Bürger

Weber

(*anstelle von Victor Herold*)

Ulf

in den Jugendhilfeausschuss

als beratendes Mitglied

Martina Reuter

(*anstelle von Ulf Weber*)

als stellv. beratendes Mitglied

Ulf Weber

(*anstelle von Sebastian Kruse*)

in die GkA-Beratungskommission:

als beratendes Mitglied

Ulf Weber

(*anstelle von Patrick Schlieper*)

als 1. stv. beratendes Mitglied

Friedhelm Burchartz

(*anstelle von Sebastian Kruse*)

als 2. stv. beratendes Mitglied

Sebastian Kruse

(*anstelle von Friedhelm Burchartz*)

in den Kulturausschuss

als sachk. Bürger

Martina Reuter

(*anstelle von Friedhelm Burchartz*)

als stellv. sachkundiger Bürger

Friedhelm Burchartz

(*anstelle von Martina Reuter*)

2. (**zurückgezogen**) Änderung der Satzung des Volkshochschule-Zweckverbandes Hilden - Haan – SV 01/058

Dieser Punkt war zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden

3. Anträge

- a) Keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit
hier: Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden vom 05.04.06 – SV 20/066

1. Beig. Thiele teilte mit, dass nach Prüfung der Rechtslage eine Erklärung zur Einhaltung der ILO Konvention bei Vergaben unterhalb des Schwellenwertes von 200.000 Euro nicht rechtsverbindlich gefordert werden kann, schlug aber vor, den Bietern die Möglichkeit zu geben, eine deklaratorische Selbstverpflichtung zu unterschreiben. Ein Angebot, bei dem diese Erklärung nicht ausgefüllt wurde, könne zwar nicht von der Vergabe ausgeschlossen werden, die Stadt würde aber zumindest ein Signal damit setzen.

Rm. Weinrich/BA erwiderte, dass die Stadt Herrsching am Ammersee in Bayern eine solche Erklärung von den Anbietern verlange und es dort auch ein Ausschlusskriterium sei.

1. Beig. Thiele hielt dagegen, dass diese Rechtsauffassung mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt sei. In der Praxis könne die von der BA geforderte Vorgehensweise so lange gut gehen, wie kein Bieter eine Vergabe anfechtet, nur weil er wegen Nicht-Abgabe der Erklärung von der Vergabe ausgeschlossen wurde. Er empfahl, es zunächst so zu versuchen, wie er es eingangs der Beratungen vorgeschlagen hat und dem Rat nach einem Jahr zu berichten, welche Erfahrungen mit dieser Vorgehensweise gemacht wurden. Unabhängig davon werde die Verwaltung Kontakt zu der Gemeinde Herrsching bezüglich deren Erfahrung mit dieser Erklärung aufnehmen.

Rm. Welke/FDP erklärte, eine deklaratorische Selbstverpflichtung ohne wertenden Charakter sei überflüssig und bedeute unnötigen Bürokratismus. Aus diesem Grunde stimme er diesem Vorschlag nicht zu.

Nach kurzer Aussprache fasst der Rat zunächst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, bei der Beschaffung und Verwendung von Produkten darauf zu achten, dass diese nicht durch ausbeuterische Kinderarbeit entstanden sind. Die städtischen Beteiligungsgesellschaften werden ebenfalls gebeten, diese Regelung anzuwenden.

Die Stadt Hilden legt insbesondere bei der Ausschreibung für Neubau- oder Bauunterhaltungsmaßnahmen fest, dass nur Angebote in dem Verfahren Berücksichtigung finden können, wenn sie nach der ILO-Konvention 182 zertifizierte Baumaterialien, wie Fliesen, Pflaster und Bordsteine etc., umfassen.

Bei Produkten, die in Asien, Afrika oder Lateinamerika hergestellt oder verarbeitet worden sind, ist dieses durch die Zertifizierung einer unabhängigen Organisation oder eine entsprechende Selbstverpflichtung nachzuweisen.

Bei Vergaben oberhalb des EU-Schwellenwertes sind darüber hinaus die ILO-Sozialstandards als Vergabebedingungen vorzugeben.

Anschließend beschloss der Rat bei einer Gegenstimme (Rm. Welke/FDP) mehrheitlich

„Bei Vergaben unterhalb des EU-Schwellenwertes werden die Bieter gebeten eine Selbstverpflichtungserklärung zur Einhaltung der ILO-Standards abzugeben. Über die Erfahrungen mit der Abgabe einer solchen Erklärung wird dem Rat nach einem Jahr berichtet.“

- b) Bildung einer Arbeitsgruppe „Haushalt der Zukunft“
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 05.04.06 – SV 20/068

Unter Bezugnahme auf die Veröffentlichungen in der Presse und die bisherigen Diskussionen macht Rm. Urban nochmals ausführlich deutlich, worum es der CDU Fraktion bei dem von ihr eingebrachten Antrag gehe. Sie sehe die Konsolidierung der Finanzen als eine der wichtigsten Aufgaben in der nahen Zukunft an. Aus diesem Grunde wären die von Ihrer Fraktion genannten Eckpunkte zur Einrichtung der Arbeitsgruppe eine große Chance, gemeinsam die Zukunft zu sichern.

Rm. Weinrich/BA kritisierte erneut, dass diese Arbeitsgruppe nichtöffentlich tagen solle und beantragte, die Sitzungen der Arbeitsgruppe öffentlich abzuhalten. Der Rat wäre gut beraten, bei diesen Debatten den Bürger mit einzubeziehen.

Rm. Alkenings/SPD hielt entgegen, dass die Vergangenheit gezeigt habe, dass der Rat in seiner jetzigen Zusammensetzung kein geeignetes Gremium sei, Sparvorschläge egal welcher Fraktion durchzubringen. Gerade einem kooperativ angelegten Gremium, in dem nichtöffentlich beraten würde, biete sich hier eine Möglichkeit, Konsens zu erzielen.

Die Rm. Joseph/FDP, Horzella/dUH und Vogel/Grüne sahen in der Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe grundsätzlich einen neuen Weg und eine Chance, die finanzielle Zukunft gemeinsam zu gestalten. Insofern seien sie prinzipiell bereit, mit zu arbeiten. Sollte sich jedoch zeigen, dass die Sparvorschläge der kleineren Fraktionen nicht ernsthaft beraten würden, werde man aus der Arbeitsgruppe aussteigen.

Nach einer ausführlichen Diskussion lehnte der Rat zunächst den Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden, die Sitzungen der Arbeitsgruppe öffentlich abzuhalten mit 4 Ja-Stimmen (BA-Fraktion), 2 Enthaltungen (dUH-Fraktion) gegen 40 Nein-Stimmen (übrige Fraktionen) ab. Sodann fasste der Rat mit 42 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen (BA-Fraktion) folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt beschließt, eine aus allen Fraktionen des Rates bestehende Arbeitsgruppe „Haushalt der Zukunft“ zu bilden, die sich mit der finanziellen Entwicklung der Stadt Hilden auseinander setzt und Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung für die kommenden Haushaltsjahre erarbeitet.

Aus jeder Fraktion sollte neben dem/der Fraktionsvorsitzenden höchstens 1 weiteres Fraktionsmitglied an den Gesprächen teilnehmen. Von einem durch die Arbeitsgruppe zu bestimmenden Zeitpunkt an können der Kämmerer oder andere Mitglieder des Verwaltungsvorstands nach Bedarf zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Um ein Gleichgewicht der unterschiedlichen politischen Meinungen zu gewährleisten und einen Konsens herzustellen, soll die Moderation der Arbeitsgruppe durch eine neutrale, sachkundige Person erfolgen.“

Einwohnerfragestunde

a) Ursula Probst, Regerstr. 6, Hilden - Bahnhof

Auf Nachfrage von Frau Probst teilte Beig. Rech zum aktuellen Sachstand in Sachen Bahnhof mit, dass das gefertigte Gutachten von der Verwaltung an die Fraktionen aber auch an das Rheinische Amt für Denkmalpflege weitergeleitet wurde und nach deren Stellungnahme die konkreten Maßnahmen zum Erhalt des Bahnhofsgebäudes im Einzelnen festgelegt werden können. Hinsichtlich der in dem Gutach-

ten genannten Problematik der Sicherheit des öffentlichen Zugangs zu den Bahngleisen wurde nach Begutachtung durch einen Statiker festgestellt, dass eine Einsturzgefahr derzeit nicht gegeben ist.

b) Ursula Probst, Regerstr. 6, Hilden – B-Plan 150

Frau Probst bemängelte, dass der im B-Plan 150 vorgesehene öffentliche Spielplatz noch nicht hergestellt oder in Angriff genommen wurde, obwohl die Bebauung schon fertig gestellt ist und die Maßnahme schon mehrere Jahre laufe.

Beig. Rech teilte mit, dass im laufenden Haushalt keine Mittel für diese Maßnahme vorgesehen seien. Es gebe mehrere Bebauungsplangebiete, bei denen die öffentlichen Spielplätze noch fehlten. Eine Herichtung dieser Spielplätze erfolge Zug um Zug entsprechend der im Spielplatzentwicklungsplan gesetzten Prioritäten.

4. Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

a) Integrationskonzept der Stadt Hilden

Beig. Gatzke teilte mit, dass zwischenzeitlich ein Zuwendungsbescheid des Landes bei der Stadt eingegangen sei in dem die in dem Integrationskonzept vorgeschlagene Maßnahme der stärkeren Vernetzung der Migrantinnen und Migranten und der Interessengruppen zur verbesserten Partizipation am gesellschaftlichen Geschehen mit rd. 60.000 Euro bezuschusst werde. Die Verwaltung werde die Maßnahme nun umsetzen.

b) Gewerbesteuernachzahlungen.

1. Beig. Thiele teilte mit, dass die Stadt durch Gewerbesteuernachzahlungen rd. 5 Mio. Euro Mehreinnahmen in diesem Jahr haben werde. Durch die entsprechende Anpassung des Solidarbeitrages in diesem Jahr und der Kreisumlage im folgenden Jahr verblieben jedoch netto lediglich rd. 2,2 Mio. Euro.

5. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

a) Rm. Burchartz/FDP- Baumfällungen

Rm. Burchartz fragte nach ob der Verwaltung bekannt sei, dass im Bereich des Spielplatzes an der Kilvertzheide ein großer Ahornbaum ganz gefällt und drei weitere zur Hälfte gekappt wurden. Seines Wissens nach wäre dass zum jetzigen Zeitpunkt, in denen Vögel nisten, nicht zulässig.

b) Rm. Weinrich/BA - Zentrale Erfassung freihändiger Vergaben

Rm. Weinrich reichte für die BA-Fraktion folgende Anfrage ein:

Die Stadtverwaltung kann zurzeit Aufträge bis 12.500 EUR und freiberufliche Leistungen bis 200.000 EUR "freihändig", d. h. ohne Ausschreibung vergeben. Vor einem Jahr teilte der Bürgermeister mir mit Schreiben vom 11. Mai 2005 mit, er lehne eine „Behandlung und Beantwortung“ der fünf von mir zum Thema „Umfang und Art städtischer Vergaben im Jahre 2004“ in der Ratssitzung am 27. April 2005 gestellten Fragen ab.

In diesem Zusammenhang erwähnte der Bürgermeister den angeblich „enormen Verwaltungsaufwand“ einer Beantwortung meiner Frage nach den 2004 aufgrund der Bestimmungen der Vergabeordnung erfolgten öffentlichen, beschränkten und freihändigen Vergaben.

Mit der Sitzungsvorlage 20/067 hat der Bürgermeister für die Jahre 1999 bis 2005 die durchgeführten Ausschreibungen aufgelistet. Eine Zusammenstellung der tatsächlich erfolgten Vergaben, hier insbesondere der freihändigen Vergaben, steht allerdings noch immer aus.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat in ihrem Prüfbericht festgestellt, "die Funktionsweise des Vergabewesens kann in einzelnen Punkten weiter verbessert werden." (S. 196)

Vor diesem Hintergrund frage ich die Verwaltung:

- 1. Wie groß war im Jahre 2005 das Gesamtauftragsvolumen der durchgeführten Ausschreibungen und Vergaben?*
- 2. Wie groß war im Jahr 2005 der Anteil der freihändigen Vergaben am gesamten Auftragsvolumen?*
- 3. Wie und wo werden zurzeit freihändige Vergaben in der Stadtverwaltung erfasst?*
- 4. Wird die Wahl der Vergabeart in einem Vergabevermerk oder Vergabebogen dokumentiert und begründet?*
- 5. Wie viele Ausnahmegenehmigungen nach Ziffer 26 seiner Dienstanweisung für das Vergabewesen hat der Bürgermeister im Haushaltsjahr 2005 insgesamt und warum erteilt?*
- 6. Ist dem Bürgermeister bekannt, dass die Stadt Köln als Wertgrenzen für die freihändige Vergabe bei Bauleistungen 4.999 EUR, bei Lieferungen und Dienstleistungen bis zu 2.449 EUR und bei freiberuflichen Dienstleistungen bis zu 199.999 EUR für angemessen hält und damit die Wertgrenzen, die für Hildens Stadtverwaltung gelten, z. T. deutlich unterschreitet? Hält der Bürgermeister diese Regelung für übertragbar auf die Stadtverwaltung?*

c) Rm. Horzella/dUH – Bushaltestelle Bahnhof

Rm. Horzella fragte nach, ob die Verwaltung unbürokratisch eine Sitzbank an der Haltestelle Bahnhof installieren könne, um insbesondere S-Bahn-Nutzern Wartezeiten bis zu 20 Min. auf eine Anschlussverbindung mit dem Bus zu erleichtern.

Bürgermeister Scheib sicherte zu, sich hierum zu kümmern.

d) Rm. Weinrich/BA - Informationspflicht der Zentralen Vergabestelle

Rm. Weinrich reichte für die BA-Fraktion folgenden Antrag ein:

Der Rat der Stadt Hilden möge nach Vorberatung im Rechnungsprüfungsausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss beschließen:

- 1. Die Zentrale Vergabestelle hat dem Rat jährlich eine Übersicht über die erteilten Aufträge vorzulegen, die nach einzelnen Firmen aufzuschlüsseln ist. Für jede Firma sind die Zahl der Aufträge und die Gesamtsumme der Aufträge anzugeben. Aufträge auf der Grundlage von Rahmenverträgen sowie Aufträge mit einer Gesamtauftragssumme unterhalb des für freihändige Vergaben derzeit zulässigen Betrags von 12.500 EUR bleiben außer Betracht.*
- 2. Der Rechnungsprüfungsausschuss enthält jährlich eine vollständige Auflistung aller erteilten Aufträge."*

Begründung:

Ziel dieses Antrags ist es, eine einheitliche Wahrnehmung und Bewertung von Vorgängen im Vergabewesen sicherzustellen. Darüber hinaus soll das Vergabeverfahren transparenter werden. Zu diesem Zweck sollte eine Berichtspflicht der Stadtverwaltung gegenüber den politischen Gremien beschlossen werden, die als Sicherung gegen Korruption und Manipulation wirken kann.

e) Rm. Alkenings/SPD - Modellprojekt bessere Information für Bahngäste

Rm. Alkenings verwies darauf, dass es ein Modellprojekt der Bahn AG gäbe, Informationen für Bahngäste an den Bahnsteigen zu verbessern. Soweit Sie informiert wäre, würde die Bahn AG noch Projektpartner suchen. Sie regte an, sich hierum zu bemühen.

II. Nichtöffentliche Sitzung
(...)

Ende der Sitzung: 18.30 Uhr

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Bürgermeister

Stadtammann

gesehen:

Stadtverwaltungsrat